

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

11.01.2006

3. Schriftliche Anfrage von Roger Bartholdi und Mauro Tuena betreffend unbewilligte Demonstration vom 22. Oktober 2005, polizeiliche Intervention

Am 26. Oktober 2005 reichten die Gemeinderäte Roger Bartholdi (SVP) und Mauro Tuena (SVP) folgende Schriftliche Anfrage GR Nr. 2005/432 ein:

Eine unbewilligte Demonstration „Antifa-Demo“ fand am Samstag, 22. Oktober in der Innenstadt statt. Der Demonstrationzug mit ca. 100 Personen versammelte sich auf dem Grossmünsterplatz und zog über den Hirschenplatz zu verschiedenen Lokalitäten (Restaurants und Bars, welche vom Demonstrationzug bewusst aufgesucht wurden, um Sachbeschädigungen anzurichten), und via Central zurück zum Hirschenplatz, wo eine Rede gehalten wurde. Die unbewilligte Demonstration wurde vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Zürich durchgeführt und dieses hat in einem Communiqué u. a. Folgendes festgehalten: „Die Polizei war offensichtlich komplett überfordert mit der Situation und so konnte die Demonstration ihren Ablauf und den Charakter vollumfänglich selbst bestimmen. Wir haben gezeigt, dass wir uns die Strasse nehmen, wann wir wollen und wie wir es wollen...“

Neben massiven Sprayereien, Farbanschlägen und anderen Sachbeschädigungen (u. a. Beschädigung eines VBZ-Busses) wurde am Paradeplatz ein UBS-Gebäude von rund 50 Personen mit Farbe und Rauch angegriffen, so dass die Feuerwehr auch noch ausrücken musste. Ein Gebäude der Kantonspolizei am Limmatquai wurde ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Die Graffitiverantwortliche Priska Rast sagte am 24. Oktober: „Es sieht schlimm aus“ und „solche Sachbeschädigungen dürfen nicht Schule machen...“.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb wurde die unbewilligte Kundgebung nicht bereits von Anfang an unterbunden?
2. Seit wann hatte die Stadtpolizei Kenntnis davon, dass am 22. Oktober eine unbewilligte Demonstration stattfinden sollte?
3. Wie ist es möglich, dass sich ein Demonstrationzug mit über 100 Teilnehmenden das Niederdorf hinauf und hinunter bewegen konnte und trotz wiederholten massiven Sachbeschädigungen nicht mit einer polizeilichen Intervention rechnen musste?
4. Wie hoch ist der gemeldete Sachschaden insgesamt und wo ist er entstanden? (Wir bitten um eine detaillierte Auflistung der Sachbeschädigungen)
5. Weshalb konnte danach auf dem Hirschenplatz sogar noch ungehindert eine Rede des „Revolutionären Aufbaus“ gehalten werden?
6. Welche personellen und taktischen Konsequenzen zieht die Stadtpolizei aus diesen Vorfällen?
7. Welche Massnahmen werden getroffen, damit sich ein solcher „Saubannerzug“ in der Stadt Zürich nicht mehr wiederholt?
8. Was unternimmt die Stadtpolizei präventiv, um sich besser auf Demonstrationen vorzubereiten?
9. In welcher Form hat der Stadtrat gegen diese linksradikale Gewalt Stellung bezogen? In welchen Medien und wie war der Wortlaut? Sollte keine Stellungnahme erfolgt sein, weshalb nicht?
10. Welche Kosten für die Reinigung muss die Stadt insgesamt selber tragen?
11. Wie viele der Geschädigten verfügen über ein Reinigungsabonement und wie viele haben keines? Wie hoch ist der Anteil von Erstreinigungen?
12. Was unternimmt der Stadtrat, damit die Kosten dieser Reinigungen von den Verursachern bezahlt werden, bzw. dass sie dafür haftbar gemacht werden? Welche präventiven Massnahmen trifft der Stadtrat diesbezüglich?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3: Die der Stadtpolizei nicht bekannten Organisierenden der unbewilligten Demonstration mobilisierten ihre Anhängerinnen und Anhänger diesmal so, dass ausserhalb des Kreises von Sympathisierenden der „AG Antifa-Aufbau“ und des „Antifa Bündnis Zürich“ niemand vorher von der Aktion wusste. Die Stadtpolizei erhielt am Samstagabend, dem 22. Oktober 2005 um 20.51 Uhr, den Anruf eines Passanten. Er teilte mit, er habe gehört, dass sich Leute für eine Demonstration auf dem Grossmünsterplatz zusammenfinden wollten. Die Stadtpolizei nahm darauf hin unverzüglich eine Lagebeurteilung vor, stellte die Einsatzmannschaft zusammen und bereitete sich auf einen Einsatz im unfriedlichen Ordnungsdienst vor. Solche Einsätze sind nicht ungefährlich und müssen gezielt und umsichtig geplant werden: Es braucht ein grösseres Aufgebot und die richtigen Einsatzkräfte mit der entsprechenden Ausrüstung, damit die Risiken so klein wie möglich bleiben. Eine kurze Vorlaufzeit ist dazu unvermeidbar.

Derweil zogen bereits rund 100 Demonstrierende via Münsterergasse - Niederdorfstrasse – Central – Limmatquai – Rosengasse bis zum Hirschenplatz, wobei es auf der Umzugsroute zu Sprayereien kam. Ausserdem klebten die Demonstrierenden Flugblätter an Gebäude in der Altstadt und beschädigten einen VBZ-Bus. Um die vielen unbeteiligten Passanten im Niederdorf nicht zu gefährden, verzichtete die Stadtpolizei bewusst auf den Einsatz von Reizstoffen und Gummischrot. Trotz verstärkter Patrouillentätigkeit in der ganzen Innenstadt kam es zwischen 23.00 Uhr und 23.30 Uhr zu weiteren Farbanschlägen auf eine Grossbank am Paradeplatz und den Polizeiposten am Limmatquai. Den mutmasslichen Tätern gelang es, unerkant zu entkommen.

Zu Frage 4: Im Raum Oberdorf/Niederdorf und am Limmatquai kam es zu Schäden durch Sprayereien, vereinzelt wurden auch Schaufenster zerkratzt. Eine genaue Auflistung der Schäden ist nicht möglich: Viele Geschädigte mit so genannten „Anti-Graffiti-Abonnements“ verzichteten auf eine Anzeige und liessen die Schmierereien am nächsten Tag beseitigen. Gemäss den eingegangenen Anzeigen und Schätzungen beläuft sich der Sachschaden auf rund Fr. 20 000.-- bis Fr. 25 000.--. Eine eingeschlagene Scheibe und besprayte Seitenwände an einem Bus der Linie 31 verursachten Schäden von etwa Fr. 5000.--. Der Schaden am Gebäude der Bank am Paradeplatz wird auf Fr. 50 000.--, derjenige am Posten der Kantonspolizei auf rund Fr. 20 000.-- geschätzt. Der Gesamtschaden beläuft sich schätzungsweise auf Fr. 100 000.--.

Zu Frage 5: Zwar gab eine Frau noch ein kurzes Statement ab. Dann gelang es der Stadtpolizei, die unbewilligte Demonstration aufzulösen. Eine Rede wurde nicht gehalten.

Zu den Fragen 6, 7 und 8: Es ist immer sehr anspruchsvoll, mit den vorhandenen personellen Ressourcen auf unvorhersehbare Demonstrationen zu reagieren. Die Stadtpolizei stellt sich aber auf diese Form der Mobilisierung der Teilnehmenden ein und setzt alles daran, die Sicherheit in der Stadt Zürich bestmöglich zu gewährleisten. Aus nachvollziehbaren Gründen kann die Stadtpolizei sich aber nicht zu den einzelnen polizeitaktischen Massnahmen äussern. Da weder bei der Führung noch im polizeitaktischen Bereich Anzeichen zu einem Fehlverhalten zu erkennen sind, müssen keine personellen Konsequenzen gezogen werden.

Zu Frage 9: Der Stadtrat lehnt jegliche Form von Gewaltanwendungen als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Das kommuniziert er auch gegenüber den Medien immer wieder klar und deutlich.

Zu den Fragen 10, 11 und 12: Im Bereich der Demonstration bewirtschaften hauptsächlich die Liegenschaftenverwaltung und die Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich städtische Objekte. Die Schadenssumme an Objekten der Immobilien-Bewirtschaftung kann noch nicht vollständig beziffert werden, da ein grosser Teil der entsprechenden Rechnungen noch aussteht. Die Schäden an den elf Objekten der Liegenschaftenverwaltung wurden in Eigenleistung, 32 Arbeitsstunden, beseitigt.

Von den geschädigten privaten Hauseigentümerinnen und –eigentümern hatten elf ein Abonnement für ihre Liegenschaft gelöst. Davon waren noch drei Liegenschaften innerhalb der Arbeiten der Erstreinigung. Diese Kosten werden von der Stadt getragen. Nicht für ein Abo angemeldete Liegenschaften mit Schäden durch die Demonstration wurden vom Hoch-

baudepartement der Stadt Zürich nicht erfasst. Das Hochbaudepartement verfolgt das Ziel, die privaten HauseigentümerInnen über die Angebote der Stadt zu informieren, damit diese auch genutzt werden. Zu diesen Angeboten gehören das Anti-Graffiti-Abo, die Unterstützung der HauseigentümerInnen beim Vorgehen nach einem Schadensfall sowie die Beratung zu präventiven Massnahmen.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy